

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Denn vor dem Beginnen ist Überlegung notwendig, nach der Überlegung jedoch rasches Handeln.“

Sallust

(86 - 36 v. Chr.), eigentlich Caius Sallustius Crispus Sallust, römischer Historiker

Wir Freien Wähler bekennen uns grundsätzlich zu den strategischen Zielen der Finanzplanung bis 2018 mit einer Ausnahme bei der Mindestliquiditätsrate. Hier halten wir eine Rate von 2-3 % der Gesamtaufwendungen für derzeit ausreichend. Selbst die Kreisverwaltung verweist

hier auf die Schwierigkeit der unterjährigen Prognose der tatsächlichen Zahlungsströme und damit auch auf die Entwicklung der liquiden Mittel.

Zu den einzelnen Themenfeldern nehmen wir wie folgt Stellung:

Soziales

Der Rhein-Neckar-Kreis steht als Träger der Sozialhilfe vor immer neuen Herausforderungen. Gesellschaftliche Veränderungen machen eine weitere Entwicklung der sozialen Strukturen erforderlich. Die Freien Wähler sehen die Notwendigkeit und die Pflicht, sozialschwachen und behinderten Menschen eine gute Lebensgrundlage zu schaffen.

Der größte Teil der Leistungen sind weisungsfreie Pflichtaufgaben, die gesetzlich festgeschrieben sind. Sie sind leider nicht steuerbar. Die Aufwendungen für das Sozialbudget steigen um 4,6% und liegen bei 142 Mio. €. Die Gründe sind steigende Fallzahlen und Tarif- und Pflegesatzsteigerungen von 3 % bis 3,5%.

Deutlich angestiegen sind die Hilfe zur Pflege und die Kosten der Eingliederungshilfe, die mit 20 Mio. € und 71 Mio. € die größten Kosten verursachen. Uns ist bewusst, dass der demographische Wandel in den nächsten Jahren weiter steigende Fallzahlen bewirken wird. Die hohen Fallzahlen bedeuten neben

steigenden Transferleistungen auch höhere Personal- und Sachaufwendungen, um diese Leistungen zu erbringen.

Im Sozialbudget sind die Kosten zur Fortführung und zum Ausbau der sozialen Agenda enthalten. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit werden 500.000 € für das Projekt Soziale Beschäftigung eingesetzt. Ein relativ hoher Betrag für die knapp 10.000 Langzeitarbeitslosen im Rhein-Neckar-Kreis. Trotz guter Arbeitsmarktlage gibt es viele Menschen mit multiplen Vermittlungshindernissen, die keine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt finden. Die Freien Wähler begrüßen die Fördermaßnahmen des Jobcenters sowie die befristete Beschäftigung im Rhein-Neckar-Kreis. Es wird sich zeigen, ob es dadurch gelingt, den Personenkreis der schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen nach Ablauf der befristeten Beschäftigung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Betroffenen haben jedoch durch die soziale Betreuung eine realistische Chance auf Eingliederung und einen Weg in ein normales Arbeitsleben.

Jugendhilfe

Die Förderung und Entwicklung junger Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen auf Unterstützung angewiesen sind, ist Pflichtaufgabe des Kreises, dem er sich nicht entziehen kann.

Auf Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfe für junge Volljährige zur Überwindung von individuellen Problemlagen besteht sogar ein Rechtsanspruch. Es gibt daher für den Kreis nur eine Möglichkeit, die Ausgaben niedrig zu halten:

Die Kontrolle der Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen.

Leider haben wir wieder einen enormen Anstieg der Jugendhilfeausgaben zu verzeichnen mit unterschiedlichen Ursachen, u.a.

- der Wandel der Aufwuchssituation von Kindern aufgrund von Berufstätigkeit der Eltern, hohe Scheidungsraten, Alleinerziehende oder Patchwork-Familien)
- der Einfluss neuer Medien- und Informationstechnologien,

- die problematische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und letztendlich auch
- die Tatsache, dass auf Jugendhilfeleistungen ein Rechtsanspruch besteht.

Auch wurde durch unterschiedliche Novellen des SGB VIII (z.B. Kinderschutzgesetz) die Schwelle des Einschreitens des Jugendamtes deutlich abgesenkt.

Mehrausgaben fallen auch für die höhere Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege an.

Die wachsende Zahl zusätzlicher Schulbegleitungen für autistische Kinder und für den klassischen Bereich der Jugendhilfe, insbesondere für die Sozialpädagogische Familienhilfe erhöht ebenso die Kosten.

Das Jugendamt bemüht sich kräftig darum, dass die Kosten nicht explodieren und dennoch die finanziellen Mittel an den richtigen Stellen einzusetzen.

Dazu sind alle individuellen Hilfen zur Erziehung für junge Menschen und ihrer Familien hinsichtlich Laufzeit, Geeignetheit, Intensität und Erforderlichkeit in den Focus zu nehmen.

Dabei müssen wir kostenintensive und langlaufende Hilfen und die Kooperation mit den Jugendhilfeanbietern überprüfen und optimieren.

Die Jugendhilfeanbieter weisen in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, **dass nach ihren Angaben** über 900.000 € Ausgaben haben, die sich der Rhein-Neckar-Kreis spart. Deshalb war die Erhöhung des Zuschusses an die Jugendhilfeanbieter ein wichtiges und richtiges Signal.

Wir wünschen uns, dass die Überarbeitung dieser Kooperation mit dem Ziel einer effizienten und kostengünstigen Zusammenarbeit zeitnah erfolgt.

In der Vergangenheit hatten wir uns dafür eingesetzt, dass wir nach dem Motto -kein Kind darf verloren gehen- alles tun wollen, um den Kindern und Jugendlichen einen guten Start zu ermöglichen, auch wenn es viel Geld kosten sollte.

Als Fazit halten wir fest und diese Meinung haben wir schon immer vertreten:

Durch frühzeitige ambulante Hilfen können spätere hohe Kosten im stationären Bereich vermieden werden.

Berufliche Schulen

Das strategische Ziel: Zukunftssicherung der beruflichen Schulen durch Profilierung zu Kompetenzzentren zur weiteren Verbesserung der Qualität der Aus-,Fort-und Weiterbildung bei gleichzeitiger Optimierung des Ressourceneinsatzes findet seinen Niederschlag im Haushalt 2015.

Die Stärkung der Bildungslandschaft, die sowohl attraktiv als auch bedarfsgerecht bleiben muss, ist gerade für unser rohstoffarmes Land überaus wichtig.

Neue Schularten erhöhen Angebot und Attraktivität des beruflichen Schulwesens im Kreis.

Durch das Angebot neuer Schularten, aber auch entgegen der demographischen Entwicklung – denken wir nur an die Zuwächse der beruflichen Vollzeitschulen – muss neuer Schulraum geschaffen werden. Dem wird im Bereich der Schulgebäude mit knapp 4,9 Mio. € Rechnung getragen.

Je 1 Mio. € sind für die Erweiterung der Comeniusschule Schwetzingen und die Umgestaltung des Berufsschulzentrum Schwetzingen 1,5 Mio. € für den Neubau der Louise-Otto-Peters-Schule in Hockenheim eingestellt.

Wir müssen aber auch erkennen, dass es nicht so einfach ist, Schülerströme dahin zu lenken, wo man sie gerne haben möchte.

Auch in Zukunft werden wir deshalb immer wieder Entscheidungen über ein attraktives, bildungsgerechtes und flächendeckendes Angebot an Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten treffen müssen.

Bleibt zu hoffen, dass durch die erwartete Kooperation mit den Städten Heidelberg und Mannheim das Ziel der weiteren Verbesserung der Qualität der Ausbildung bei gleichzeitiger Optimierung des Ressourceneinsatzes erreicht wird.

Die vorgesehenen Mittel dokumentieren, dass im Bereich Bauunterhaltung im Rahmen eines strukturierten Prozesses die Substanz der Gebäude erhalten wird und **kein** Investitionsstau entsteht.

Die Ausstattung der Schulen bewegt sich auf einem guten Niveau.

Der Fortsetzung der Parkraumbewirtschaftung bei den Schulen stimmen wir zu, im Übrigen entspricht dies einer alten Forderung der Freien Wähler.

Die erhöhten Ansätze im Bereich der Sportförderung sowie für die Förderung von Projektmaßnahmen werden von uns unterstützt. Wir freuen uns, dass die Stundensätze für nebenberufliche Übungsleiter erhöht werden konnten.

GRN

Nun zum Thema "Großbaustelle Gesundheitswesen", hier ist die Überschrift "Baustelle" aktuell sehr treffend.

Große Investitionen stehen an. Insgesamt werden 96 Mio. € in den nächsten 4 Jahren verbaut. Davon entfällt ein Viertel auf das Land. Auf den Kreis entfällt aber in 2015 auch 7,6 Mio. €.

Investiert wird in den Neubau des Betreuungszentrums und die Reha-Klinik in Weinheim, weil eine Sanierung des Bestandes keinen Sinn macht.

Investiert wird für Sanierungen und große bauliche Erweiterungen bzw. Verbesserungen aller vier Klinikstandorte.

Auch wenn dies riesige Aufwendungen sind, die uns 4 Jahre finanziell fordern, glauben wir, damit den richtigen Weg zu gehen.

Nun zum Betriebsergebnis der Gesundheitseinrichtungen. Hier ist wieder ein sehr hohes Defizit zu erwarten und das trotz des großen außerordentlichen Einsatzes der Belegschaft aller Einrichtungen und trotz des, aus unserer Sicht, optimalen Managements von Verwaltungsdirektor Burger und seinem Leitungsteam. Allen sei an dieser Stelle sehr gedankt.

Ein solches negatives Betriebsergebnis wird uns aber vermutlich auch in Zukunft begleiten, denn zwei Hauptbereiche werden wohl auch langfristig Zuschussprojekte bleiben:

- das Thema "Geriatrische Rehabilitation und Pflege" und
- der aus unserer Sicht unverzichtbare Klinikstandort Eberbach.

Wir halten dieses Geld für gut investiert, denn die genannten Einrichtungen sind alle wesentlichen Bausteine für das Erreichen unserer gemeinsam aufgestellten strategischen Ausrichtung.

Wenn man sich klar macht, dass es für den jeweiligen Patienten oft schicksalsentscheidend ist, ob er es schafft, durch entsprechende geriatrische Reha-Maßnahmen einer Pflegestufe zu entkommen, werden die Zahlen relativiert. Auch wenn die Pflege und Rehabilitation keine zwingenden Pflichtaufgabe des Kreises ist, ist es eine bewusste Investitionen in die Verbesserung der wohnortnahen

Gesundheitsversorgungsqualität und Pflege von Hochbetagten, deren Zahl bekanntlich schnell ansteigt.

Das Thema "flächendeckende Notfallversorgung" wird in den kommenden Jahren durch die zu erwartende Schließung von so manchem Ärztlichen Bereitschaftsdienst-Standort weiter Lücken bekommen. Dies trifft vermutlich den Standort Wiesloch und Eberbach. Dann werden vermutlich die GRN-Kliniken gefordert sein, neue Konzepte für die ambulante Versorgung am Krankenhaus oder gar im Krankenhaus mit zu erarbeiten.

Gerade auch wegen der in der letzten Zeit ausgesprochen glücklichen Personalentscheidungen bei der Auswahl der Chefärztinnen, Chefärzte und Pflegedienstleitungen in den Kliniken glauben wir, dass diese großen Investitionen einen spürbaren Gesundheitsnutzen für unsere Bürger bringen, denn es wird eine sehr qualifizierte Versorgung in Top-Einrichtungen wohnortnah gewährleistet, die keine Konkurrenz scheuen muss.

AVR

Bei den Unternehmensgruppen der AVR-Töchter wurde sowohl personell als auch strukturell ein Wechsel vollzogen.

Im Zuge der Neustrukturierung wurden die Unternehmen in einen klar abgegrenzten hoheitlichen und gewerblichen Bereich getrennt. Der umfirmierten AVR Umweltservice GmbH bieten sich nun im gewerblichen Bereich der Abfallwirtschaft sowie dem Energiebereich neue Betätigungsfelder ohne EU-Beeinträchtigungen (wie Beihilfe-VO oder Inhouse-Geschäfte).

Dazu stehen wir ohne Wenn und Aber!

Die Abfallwirtschaft hat einen hohen Standard erreicht.

Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft

Die Kreisverwaltung räumlich optimal für die Aufgaben der Zukunft auszustatten war schon immer Ziel der Freien Wähler. Das Konzept bürgernahe Dienstleistungen auch in den Großen Kreisstädten Wiesloch, Sinsheim und Weinheim anzubieten hat sich bewährt. Die räumlichen Voraussetzungen sind unseres Erachtens optimal. Wir

hoffen, dass 2015 die letzten Großinvestitionen in diesen Verwaltungsstellen getätigt werden müssen.

Die Zusammenführung der Dienststellen des Kreises in der Nachbarliegenschaft „Römerstraße 2“ in Heidelberg, unterstützen wir in der Sache vorbehaltlos.

Dass wir allerdings im Vorgriff, auf eine erst im Jahr 2019 vorgesehene Nutzung des Gebäudes bereits 2015 eine Anzahlung in Millionenhöhe leisten sollen, kann von uns so nicht mitgetragen werden.

Hier erwarten wir noch einmal Nachverhandlungen mit dem Land und von Ihnen Herr Landrat Dallinger die Zusage, sich dafür stark zu machen.

Asyl

Die notwendigen Investitionen für die Unterbringung der Asylbewerber stellen den Kreis vor große finanzielle Herausforderungen.

Bei der Betreuung der Flüchtlinge wird - mit aller gebotenen Rücksicht auf die teilweise traumatischen Erlebnisse der Kriegsflüchtlinge - die Kreisverwaltung die Aufgabe nur mit mehr Personal bewältigen können.

Für die Anschlussunterbringungen in den Kreisgemeinden wünschen wir uns eine enge Zusammenarbeit, guten Informationsaustausch und größtmögliche Unterstützung bei der Unterbringung, sowie zeitnahe Erstattung der entstehenden Kosten. Nicht nur zwischen Land und Kreis, sondern auch zwischen Kreis und Kommune ist eine **Spitzabrechnung** der Kosten absolut notwendig.

Integrierte Leitstelle

Bei den aktuellen Diskussionen um die „Integrierte Leitstelle in der Region“ können wir die Notwendigkeit einer Erneuerung der Außenanlage in Ladenburg für 100.000 € derzeit nicht erkennen.

Die Unterhaltung der Straßen ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor in unserem Kreis. Begonnene Maßnahmen beenden und über die neuen intensiv diskutieren, sind die Aufgaben für das Jahr 2015.

Beim Thema der Bewirtschaftung der Gemeinde- und Privatwälder wünschen wir uns, nach kartellrechtlicher Klärung, ein umfassendes, gesetzeskonformes und auch auf freiwillige Leistungen basierendes Dienstleistungsangebot des Kreises (Ich verweise auf unseren Antrag).

Die Kooperationsvereinbarung Klimaschutz zwischen dem Kreis und vielen Kreisgemeinden ist ein wichtiger Schritt die CO₂-Bilanz des Kreises langfristig zu verbessern. Die eingeplanten 1,5 Mio. € im Bereich Klimaschutz sind sinnvoll investiert. Auf die Reaktionen und Ergebnisse der Stromsparhelfer sind wir sehr gespannt.

Wenn das **High-Speed-Netz** Rhein-Neckar auch im Zweckverband mit allen 54 Kreisgemeinden die Geschwindigkeit so hoch hält und so erfolgreich wird, wie wir uns das von den Freien Wählern wünschen, haben wir diesem Thema mit unserem Antrag aus dem Jahr 2010 genau den richtigen Schub gegeben.

Das Mobilitätskonzept Radverkehr des Kreises wurde vor kurzem der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach der Kritik sehen wir hier noch Chancen in einer Nachjustierung für eine kreisweite Radwegkonzeption.

ÖPNV

Auch wenn der Kreis viel für den Individualverkehr investiert ist die „gerechte Förderung“ des ÖPNV unabdingbar.

Erst vor einem Jahr haben wir uns **mehrheitlich darauf geeinigt** die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes abzuwarten, um eine differenzierte Bezuschussung von Grundverkehren und optionalen Angebotsverkehren zu diskutieren.

Die Förderquote des laufenden Betriebs jetzt auf pauschal 40% zu erhöhen ist für uns nicht nachvollziehbar. Dieser Meinung war auch die Kreisverwaltung im 1. Entwurf des Haushalts 2015.

Vor allem mit dem Wissen, dass für die Elsenz- und Schwarzbachtalbahn 5 Mio. neue Kosten zu tragen sind und ein Ende der Fahnenstange nicht absehbar ist.

Hinzu kommen weitere Kosten der Verlängerung der Linie 24 von HD nach Schriesheim und die II. Stufe der S-Bahn.

Wir fordern die Kreisverwaltung deshalb auf, die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes zu forcieren und den Gremien endlich zur Diskussion zu stellen. Unser Appell geht ebenso an unsere Kolleginnen und Kollegen Entscheidungen erst nach neuen Fakten zu ändern und die Förderquote bei 35% zu belassen.

Wir beantragen, einer Erhöhung erst zuzustimmen, wenn diese Grundlagendiskussion geführt ist.

Personal

Im Bereich Personal wurden von der Verwaltung 46 neue Stellen beantragt. Im Vergleich zu 2013 sind es 84 neue Stellen.

Der Vergleich zu 2008 zeigt, dass innerhalb der letzten 7 Jahre der Stellenzuwachs der Kreisverwaltung von 1.144 auf 1.361 also um 217 Planstellen zunahm.

Die notwendigen Verstärkungen im Asylbereich und der Rettungsleitstelle werden von uns anerkannt. Gleichwohl können wir in diesem Maße nicht mehr weiter machen!

Frage: Müssen wir immer alles kontrollieren und dokumentieren?

Verwalten uns selbst zu Tode?

Diese Stellenmehrungen belasten die Personalkosten auch in den Folgejahren.

Was tun wir, wenn Wirtschaft und Konjunktur einbrechen, die Steuerkraft der Gemeinden sinkt, oder wenn die Zinsen steigen?

Unser Gesamthaushalt erfährt für 2015 bei den Einnahmen eine Steigerung um rd. **12,7 %**. Hauptgrund ist die Steigerung der Kreisumlage um rd. 33 Mio. bei gleichbleibendem Hebesatz von 30 %.

Eine solche Zunahme der Kreisumlage hat es noch nie gegeben.

Und das reicht laut vorliegendem Plan immer noch nicht aus, ohne neue zusätzliche Kredite zur Finanzierung aus

Eine weitere Erhöhung des Kreisumlagesatzes wie von der Kreisverwaltung im Entwurf vorgeschlagen, lehnen wir ab, da sie den Kreisgemeinden weitere Belastungen aufbürden würde.

Wir sind auch der Ansicht, dass diese positive Entwicklung der Steuerkraftsummen nicht bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes so weitergehen wird.

Daher müssen wir uns die Frage stellen, ob die angesetzten Maßnahmen im Investitionsprogramm so ausgeführt werden können, oder ob bei bestimmten Projekten auch **eine zeitliche Streckung erfolgen kann, ja sogar erfolgen muss!**

Durch eine zeitliche Verschiebung von Maßnahmen könnten auch die strategischen Ziele besser eingehalten werden.

Im HH 2015 ist die Aufnahme von 7,9 Mio. € für neue Kredite vorgesehen.

Wir meinen, dass wir ohne neue Kredite auskommen sollten.

Dies ist nur möglich bei der zeitlichen Streckung des Erwerbes der Liegenschaft Römerstr. 2-4 mit 11,7 Mio. €.

Abschluss

Ich bedanke mich bei den Fraktionen für das gute und konstruktive Miteinander im Kreistag.

Wir „Freien Wähler“ danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises und der Gesellschaften für Ihre nicht immer einfache und gute Arbeit.

Ihnen Herr Landrat Stefan Dallinger für den vertrauensvollen, kollegialen Führungsstil und die frühzeitige Einbindung der Fraktionen in die Entscheidungsfindung.

Wir tragen im Rahmen der Fraktionsarbeit die vorgelegten Beschlussvorschläge wie von mir ausgeführt mit.

Wir beantragen, die ÖPNV Förderquote bei derzeit 35 % zu belassen und ohne neue Kredite den HH zu planen.

Hans Zellner

Fraktionsvorsitzender